

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. 10 Pf. 16 Pf. Alle Postanfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung einzelner Exemplare erfolgt nur, wenn Puncto befreit.

Wichtigpreis: die 4 gepulverte Raumteile 20 Gschäftsmg., die 4 gepulverte Teile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Wilsdruff, die 2 gepulverte Bekleidungsstücke im jeweiligen Teile 100 Gschäftsmg. — Rücksendungsgebühr 20 Gschäftsmg. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 186 85. Jahrgang.

Telegr.-Adr.: „Amisblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 11. August 1926

## Deutsch-französischer Eisentrust.

Der Abschluß der seit langer Zeit angestrebten Verabredung zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie mit Einschluß von Belgien, Luxemburg und dem Saargebiet über Herstellung, Preis usw. von Rohisen und Roheisen steht unmittelbar bevor. Dazu wird uns von sachverständiger Seite geschrieben:

Die eigentliche Geburtsstunde der unmittelbar vor dem Abschluß stehenden internationalen Roheisengemeinschaft ist der Zusammenbruch des deutschen Ruhrwiderstandes gewesen. Nach dem verzweifeltsten Widerstand, den die deutsche eisenschaffende Industrie zusammen mit ihrer größeren Schwester, der Eisenverarbeitenden Industrie, gegen den Ansturm der in Folge des Kriegsausganges so stark erweiterten französischen Konkurrenzindustrien geführt hatte und der doch vergeblich geblieben war, hatte man das Eisen entschlossen herumgeworfen, und vor allen Dingen Stinnes und der alte Thyssen waren es gewesen, die dabei die Gesamtführung übernahmen. Eine Verständigung nicht bloß mit der französischen Schwerindustrie, sondern darüber hinaus auch mit den Industrien der anderen wichtigsten Produktionsgebiete war das Ziel.

Auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die eine solche internationale Verständigung an und für sich schon hat, hinzuweisen, ist wohl unnötig; die Schwierigkeiten wuchsen aber ins fast Unüberwindbare, als die französische und die belgische Währung ins Wanken und Gleiten kamen, also gerade in jenen Ländern die Gefahren einer Valutaunterbietung immer größer wurden, wo die stärkste Exportproduktion betrieben wurde. Nur auf augenblickliche Vorteile sehend, hatte sich darum besonders Frankreich gestraubt, internationale Vereinbarungen zu treffen, durch die eine Ausnutzung der Valutaunterschiede unmöglich gemacht werden würde. Die Folgen davon waren besonders für die deutsche eisenschaffende Industrie schwer. Während im Jahre 1925 die französische Roheisen- und Roheisenproduktion sich sehr erheblich vermehren konnte, ging in Deutschland während dieses Jahres die Roheisenerzeugung um etwa ein Viertel, die Roheisenproduktion um fast die Hälfte zurück. Die deutsche Roheisengemeinschaft fand sich genötigt, ihre Produktion theoretisch um 35 Prozent, in Wirklichkeit aber um 50 Prozent zurückzuschrauben. Demgegenüber spielt eine verhältnismäßig geringe Rolle, daß es gelungen war, wenigstens ein europäisches Eisenentartell und eine Röhrenvereinbarung abzuschließen.

Die bevorstehende Roheisengemeinschaft ist aber zunächst überhaupt nicht international gedacht, sondern soll auf Europa beschränkt werden, bleibt aber vorläufig überhaupt nur eine kontinentale Vereinbarung der wichtigsten Produktionsländer, also Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs. England ist nicht dabei, wenigstens vorläufig nicht, weniger deswegen, weil es nicht will, sondern doch Frankreich und Belgien in der glücklichen Lage, ohne jede Einschränkung zu produzieren zu dürfen. Die Verhandlungsschwierigkeiten lagen nun im wesentlichen in dem Streit um die Höhe der Beteiligung, die auf jedes einzelne Land in bezug auf die Gesamtproduktion entfällt, also die sogenannte „Quote“. Der französisch-belgische Standpunkt war dabei der, von der gegenwärtigen Lage — als einer für diese beiden Länder besonders günstigen — auszugehen. Den deutschen Unterhändlern ist es aber gelungen, von diesen Forderungen ganz erhebliche Abstriche zu erzwingen, wobei die bevorstehende Frankstabilität für uns ein wesentlicher Helfer war. Es sollte sogar gelungen sein, für Deutschland eine Beteiligung zu erzielen, die den jetzigen deutschen Produktionsrückgang wieder wettzumachen geeignet sein wird; denn es wurden den deutschen Industrie die Zahlen von 1925 zugestanden, wonach auf sie ungefähr 43 %, Frankreich mit Luxemburg 39 %, Belgien 11 % und das Saargebiet 6 % der Gesamtproduktion entfallen. Neuerdings verlautete jedoch, die Verteilung solle sich nach dem Stande jedes Vierteljahres richten und mit 1926 beginnen. So würde sich allerdings das Verhältnis wahrscheinlich etwas zuungunsten Deutschlands verschieben.

Die internationale Verabredung würde nun eine gegenseitige Konkurrenz praktisch ausschalten, weil ja eine Preisverabredung ab Werk durchgeführt wird, so daß bei der Ausfuhr nur noch die Höhe der Tarife Preisunterschiede hervorruft. Des weiteren wird durch die neue internationale Roheisengemeinschaft auch ein Austausch der gegenseitigen Rohstoffe zwecks Ausgleichs herbeigeführt, so daß man wohl auf die Wiederherstellung des früheren Zustandes rechnen kann: Lieferung des an Eisen reicheren Frankreichs an uns und Gegenlieferung der namentlich für die lothringischen Eisen-

## Die Nationalversammlung sanktioniert die Regierungsvorlage.

### Frankreichs oberstes Parlament.

In Versailles wurde Dienstag früh vom Vorkonvent, dem Senatspräsidenten de Selves, die auf Antrag des Ministerpräsidenten Poincaré einberufene Nationalversammlung eröffnet. Diese gleichsam als oberste endgültige Instanz in besonderen Fällen dienende Versammlung tagt zum drittenmal seit Bestehen der Französischen Republik von 1870 zu anderen Zwecken als zur Neuwahl des Präsidenten, zu der sie verfassungsmäßig berufen ist. Sonst kann sie einberufen werden, wenn die Verfassung abgeändert werden soll. Diesmal handelt es sich um die Einfügung eines neuen Gesetzes in die Verfassung, nämlich eines Gesetzes über die Errichtung und die Einnahmen einer Einkommensteuer zur Behebung der Währungsschwierigkeiten.



Vorsitzender der Nationalversammlung de Selves.

### Lärm zur Eröffnung.

Das Schloß von Versailles, in dem die Versammlung tagt, ist stark durch Militär- und Polizeiaufgebot gesichert. Sonst war in den Straßen der Stadt von den großen Ereignissen nicht viel zu bemerken. Vorsitzender de Selves eröffnete die Tagung und schlug vor, die Geschäftsordnung der Nationalversammlung von 1871 im ganzen auch für diese Tagung anzunehmen. Sofort er erhob sich. Sie randalisierten mit den Pultbedeln und mehrere Redner protestierten in erregten Reden gegen diese Regelung der Geschäftsordnung. Ihre Anträge wurden abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten angenommen. Ein Antrag Morinaud, der bestimmte, daß zur Tagesordnung nur je ein Redner der Mehrheit und der Minderheit das Wort erhalten soll, wurde mit 515 gegen 347 Stimmen angenommen.

### Ministerpräsident Poincaré.

verliest die Begründung des aus einem einzigen Artikel bestehenden Gesetzesentwurfs, der lautet: „Das Verfassungsgebot vom 25. Februar 1875 wird wie folgt ergänzt: Die Autonomie der Kasse zur Verwaltung der Wärs der nationalen Verteidigung und Amortisierung der öffentlichen Schuld trägt verfassungsmäßigen Charakter. Ihr werden bis zur vollständigen Amortisierung

der Wärs der nationalen Verteidigung und der durch die Kasse verwalteten Wertpapiere zugewiesen: 1. Die Einnahmen aus dem Tabakverkauf, 2. der Ertrag der einmaligen Steuer bei Eigentumswechsel, die Erbschaftsteuer und die freiwilligen Abgaben, 3. im Falle, daß die aufgezählten Mittel nicht für die Verwaltung der der Kasse überwiesenen Fonds genügen sollten, soll eine entsprechende Annuität in das Budget aufgenommen werden.“

Während Poincaré diesen Entwurf verliest, unterbrechen ihn die Kommunisten verschiedentlich. Die Regierung beantragt hierauf die Dringlichkeitserklärung der Beratung dieses Entwurfs, die von der Nationalversammlung durch Handaufheben beschlossen wurde. Der Entwurf wird darauf an den Ausschuß überwiesen und die Versammlung vertagt sich vorläufig.

### Die Schlußsitzung der Versäiller Nationalversammlung.

Um 6,15 Uhr begann dann die Plenarsitzung wiederum. Der Berichterstatter Chéron verlas den Kommissionsbericht und gab den Text des Ergänzungsartikels bekannt. Er wurde in seinen Erklärungen von den Kommunisten mehrfach unterbrochen. — Leon Blum sprach für die Sozialisten gegen den Gesetzesentwurf. Nach der Rede Leon Blums ergriff Ministerpräsident Poincaré das Wort zu einer Erwiderung. Die Urreden für die größeren inneren Schulden Frankreichs liegen in den Kosten des Krieges, in den Kosten des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete und in den Schwierigkeiten, die Deutschland bei der Zahlung seiner Schulden gemacht habe.

Der Kommunist Doriot hielt darauf eine scharfe Rede unter steigendem Beifall seiner Kollegen und wachsendem Protestlärm auf der Rechten.

Durch Handaufheben wurde die Abstimmung über die fünf einzelnen Paragraphen des Ergänzungsartikels vorgenommen. Sämtliche Paragraphen wurden angenommen. Während der Abstimmung kam es zu neuen schweren Ausstellungen durch die Kommunisten, die über die Lärmhölle des Vormittags noch weit hinausgingen. Die Versammlung trat sodann in die Abstimmung über das Gesamtprojekt der Regierung ein, das mit 671 gegen 144 Stimmen angenommen wurde. Um 10 Uhr teilte der Präsident das Resultat der Abstimmung mit und schloß die Tagung der Nationalversammlung.

### Um das deutsche Räumungsverlangen.

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Brüssel, 11. August. Wie die Telegraphen-Union in unterrichteten halbamtlichen Kreisen erfährt, wird die deutsche Note wegen der Verminderung der Besatzung im Rheinlande hier so aufgeföhrt, daß sie hauptsächlich an die Adresse Frankreichs gerichtet ist, da, wie man hier zugibt, Frankreich nicht im gleichen Maße wie Belgien und England seinen Truppenbestand im besetzten Gebiet vermindert habe. Man glaubt, daß die Note sowohl in Brüssel wie auch in London formell zurückgewiesen werde, da es sich um eine interalliierte Angelegenheit handelt, für die allein die Votschafterkonferenz zuständig sei. In den genannten Kreisen verschleicht man sich jedoch nicht der Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung des französischen Truppenkontingents im besetzten Gebiet.

### Für eine neue Volksabstimmung in Eupen-Malmedy.

Eigener Fernsprechkablen des „Wilsdruffer Tageblattes“  
Brüssel, 11. August. Die Zeitschrift „L'Écho“ veröffentlicht ein Interview mit den sozialistischen Abgeordneten Sommerhausen, dem Vertreter von Eupen und Malmedy in der belgischen Kammer, der für eine neue geheime Volksabstimmung in Eupen und Malmedy eintritt. Die Bevölkerung soll noch einmal gehört werden, ob sie nach Deutschland zurück möchte.

betreffenden Industrie und der Verbraucher aus wird angewendet werden können, eine Ordnung und Festlegung in der internationalen Wirtschaftsbeziehung der beteiligten, also auch der deutschen Schwerindustrie, herbeizuführen.

### Die Verminderung der Besatzungstruppen

Frankreichs Gegenforderungen.  
Von zuständiger französischer Seite wird die Meldung, daß der deutsche Votschafter in Paris, von Dösch, dem Außenminister Briand ein Memorandum über die Herabsetzung der Besatzungsstärke im Rheinlande überreicht habe, dementiert. Wichtig sei, daß die Verhandlungen über diese Frage bereits seit vielen Monaten schweben und daß der Votschafter mit

guten fast unbedingt notwendigen Ruhrkohlen- und -tolle. Erleichterungsweise war inzwischen in den deutsch-französischen Beziehungen eine bedeutende Schwierigkeit behoben worden, nämlich der Streit um das Saargebiet, der namentlich bei den zwar zustande gekommenen, aber nie durchgeführten Vereinbarungen im Juni vergangenen Jahres die entscheidende Rolle gespielt hatte. Das damals dort übermächtige französische Kapital hat sich namentlich wegen der Entwicklung des Frankens nicht halten können, und als die saarländische Schwerindustrie, vor allem der Stumm-Konzern, in Schwierigkeiten geriet, konnte das deutsche Kapital einen raschen, zu einem durchschlagenden Siege führenden Vorstoß machen, so daß die dortigen Werke jetzt der deutschen Roheisengemeinschaft bzw. dem neuen Rheinmontantrust angehören.

So versucht also der neue internationale Eisentrust, obwohl manches gegen ihn vom Standpunkt der Eisen-